

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1031
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 29.09.2008

Niederschrift

der 16. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport

am Mittwoch, dem 17.09.2008,

Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:05 - 21:00 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jürgen Becker

Herr Prof. Dr. Klaus Kramer

Herr Dieter Kräske

Frau Julia-Christina Sator

Herr Jörg Schreiber

(ab 19:10 Uhr)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz

Frau Hannelore Kraushaar-Hoffmann

Herr Peter Sommer

Herr Frank Walter Schmidt

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich **Ausschussvorsitzender**

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Janitzki

(in Vertretung für Stv. Beltz)

Außerdem:

Frau Dietlind Grabe-Bolz

Frau Dr. Bettina Speiser

(bis 20:45 Uhr)

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister	
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	(ab 19:35 Uhr)

Von der Verwaltung:

Herr Lars Burkhard Steinz	Dezernat I
Frau consuelo Peral Ruiz	Dezernat I
Frau Birgit Schlathölter	Jugendamt

Vom Ausländerbeirat:

Herr Mohamed Ibrahim

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Simone Benz	Schriftführerin
------------------	-----------------

Gäste/Sachverständige:

Herrn Walldorf	Vorsitzender des Nordstadtvereins
Herr Volkmann	Nordstadtverein
Herr Claes	Diakonisches Werk
Herr Schindler	Aktion Junge Menschen in Not
Frau Henn	Aktion Junge Menschen in Not

Entschuldigt:

Herr Michael Beltz	Die Linke.Fraktion
--------------------	--------------------

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Zukunft des Nordstadtvereins;
hier: Bericht
3. Arbeitssituation des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD);
hier: Bericht

4. Lokale Agenda 21 der Stadt Gießen; Naturerfahrungsraum für Kinder und Jugendliche in der Gießener Weststadt
- Antrag des Magistrats vom 26.08.2008 - STV/1880/2008
5. 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von städtischen Kindertagesstätten vom 15.06.2000;
hier: 1. - 3. Änderung des § 2 Abs. 6
4. § 5 Abs. 2 und 3
5. § 5 Abs. 4 und 5
- Antrag des Magistrats vom 28.08.2008 - STV/1743/2008
6. Umsetzung des Nationalen Integrationsplanes in den Kommunen
- Vorschlag des Ausländerbeirates -
7. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Zukunft des Nordstadtvereins; **hier: Bericht**

Herr Walldorf gibt einen kurzen Bericht über die Arbeit und Zukunft des Nordstadtvereins.

3. Arbeitssituation des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD); **hier: Bericht**

Herr Claes, Frau Schlathöler und **Frau Henn** informieren den Ausschuss anhand einer Power-Point-Präsentation ausführlich über die Arbeitssituation des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD).

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

4. **Lokale Agenda 21 der Stadt Gießen; Naturerfahrungsraum für Kinder und Jugendliche in der Gießener Weststadt** **STV/1880/2008**
- Antrag des Magistrats vom 26.08.2008 -
-

Antrag:

„In der Gießener Weststadt wird auf der städtischen Fläche im Grünzug zwischen Krofdorfer Straße und Altem Krofdorfer Weg (Gemarkung Gießen, Flur 29, Flurstücke 7/1 und 7/2) ein Naturerfahrungsraum für Kinder und Jugendliche aus dem Stadtteil eingerichtet. Die endgültige Gestaltung wird unter Beteiligung insbesondere von Kindern und Jugendlichen sowie der Lokalen Agenda 21-Gruppe ‚Natur- und Umweltschutz‘ geplant.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich zeigt sich erfreut darüber, dass der lange gehegte Wunsch der lokalen Agenda 21-Gruppe „Natur und Umweltschutz“ jetzt zur Ausführung kommt. Die Einrichtung eines Naturerfahrungsraumes stand bereits vor einiger Zeit kurz vor der Umsetzung, allerdings auf einem anderen als dem jetzt vorgesehenen Gelände. Sie selbst halte das jetzt ausgewählte Gelände in der Weststadt für besser geeignet, da dort die sozial-räumliche Komponente deutlich besser umgesetzt werden könne als in dem ursprünglich vorgesehenen Gelände im Schifftenberger Tal. Im Einzugsgebiet in der Weststadt leben mehr Kinder und es gebe eine gut funktionierende Gemeinwesenarbeit.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, führt aus, sie kenne die Vorlage bereits aus dem Agenda-Rat. Sie bezweifelt, dass sich die Stadtverordneten, die nicht Mitglied im Agenda-Rat sind, anhand der Vorlage beigefügten Anlagen inhaltlich ein Bild über das Ausmaß der geplanten Maßnahme machen können. Sie bittet den Magistrat, in Zukunft Vorlagen entsprechend zu gestalten.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

5. **5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von städtischen Kindertagesstätten vom 15.06.2000;** **STV/1743/2008**
hier: 1. - 3. Änderung des § 2 Abs. 6
4. § 5 Abs. 2 und 3
5. § 5 Abs. 4 und 5
- Antrag des Magistrats vom 28.08.2008 -
-

Antrag:

„Den in der Anlage beigefügten Änderungen der städtischen Kindertagesstättenatzung wird zugestimmt.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich führt aus, die Satzungsänderung sei die Reaktion auf die von Erzieherinnen und Leitung verschiedener Kitas verhäuft beobachtete Problematik, dass Kinder nicht mehr in die Kitas gebracht oder sogar abgemeldet worden seien, da die Eltern das Geld für das Mittagessen nicht aufbringen können.

Nach längeren Überlegungen sei man zu dem Schluss gekommen, dass es am sinnvollsten sei, die Gebühren für die Kosten des warmen Mittagessens in die einkommensabhängige Gebührenstaffelung mit einzubeziehen. Bei ALG II-Bezug liege der Gebührensatz bei 20 €.

Man habe diesen Betrag gewählt, um den Eltern zu verdeutlichen, dass sie selbst auch etwas leisten müssten. Außerdem bestehe bei Übernahme der Gebühr durch die Stadt die Gefahr, dass der Familie dies im Bedarfssatz angerechnet und abgezogen werde.

In besonderen Fällen oder befristete Krisensituation bestehe weiterhin die Möglichkeit, über den Mittagessenfond auch diese 20 € unbürokratisch ersetzen zu können.

Auf wiederholte Nachfragen des Stv. Janitzki sagt **Bürgermeisterin Weigel-Greilich** zu, eine leicht verständliche Beispielrechnung zur Festlegung des relevanten Nettoeinkommens zur Verfügung zu stellen.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Janitzki, Bietz und Grothe.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

6. **Umsetzung des Nationalen Integrationsplanes in den Kommunen** **- Vorschlag des Ausländerbeirates -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt und unterstützt die Zielsetzung des Nationalen Integrationsplans und setzt sich für die Übertragung der Selbstverpflichtungen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände auf die Universitätsstadt Gießen ein. Die Verwaltung wird dazu gebeten:

1. Der Stadtverordnetenversammlung zu berichten, welche der in den Selbstverpflichtungen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbänden genannten Bereiche bereits in Gießen umgesetzt werden.
2. Ein Konzept zu entwickeln, wie die genannten Empfehlungen auf die spezielle

Situation in Gießen übertragen werden können.

3. Zu prüfen, wie insbesondere die im Nationalen Integrationsplan genannten strukturellen und organisatorischen Voraussetzungen (Gesamtstrategie, Moderation, Koordination, Vernetzung, Evaluation) in Gießen geschaffen werden können.“

Stv. Schmidt, SPD- Fraktion, erklärt, seine Fraktion begrüße und unterstütze den Vorschlag des Ausländerbeirates.

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion zeigt sich erfreut darüber, dass es zum ersten Mal in den sieben Jahren in denen er nun Stadtverordneter sei, eine Vorlage des Ausländerbeirates gebe. Dies führe er auf die neue Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zurück. Er befürworte den Vorschlag des Ausländerbeirates.

Oberbürgermeister Haumann führt aus, er halte die Anregung für passend und richtig. Die Anregung der Kommunalen Spitzenverbände sei den zuständigen Stellen in der Verwaltung selbstverständlich bekannt und Grundlagen des Handelns im Rahmen der Integrationsarbeit und der Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat. Daher stelle er zeitnah einen entsprechenden Bericht in Aussicht.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7. **Verschiedenes**

Vorsitzender gibt bekannt, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport am **30.10.2008** stattfinde.

Frau Pertermann, Leiterin der Zweigstelle Gießen der Verbraucherzentrale Hessen habe für diese Sitzung ihr Kommen bereits zugesagt. Sie werde über die Arbeit der Verbraucherzentrale berichten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Dr. Greilich

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Benz